Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 73 (1979)
Heft: 5

Artikel: Ein schweizerischer Weg zum demokratischen Sozialismus?
Autor: Braunschweig, Hansjörg
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-142780

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Anmerkung zur Auseinandersetzung mit der theologisch herrschenden Auffassung von «Sanftmut»
Ein verbreitetes und anregendes Nachschlagewerk für das Studium biblischer Texte ist das Theologische Wörterbuch von Fr. Hauck und S. Schulz zum Neuen Testament. In der Trennung zwischen Sanftmut einerseits und Unterwürfigkeit und Schicksalsergebenheit andererseits weist die Predigt die im Theologischen Wörterbuch vertretene Umschreibung der Sanftmütigen zurück, die eines verbreiteten theologischen Konsenses gewiß ist. Sanftmütige werden qualifiziert «als solche, die auf Grund ihrer gedrückten Lage nicht ihren eigenen Willen, sondern Gottes großen und gnädigen Willen anerkennen» (in: Band VI, 1959, S. 649f.). Die Umschreibung reiht sich ein in die gängige theologische Tradition, welche das menschliche Sein global und generell disqualifiziert und vom Willen Gottes trennt. Die Predigt widersetzt sich dieser Trennung zwischen menschlichem und göttlichem Willen, die im Sinne einer metaphysischen Aussage alle sozialen und persönlichen Gegensätze steil zu überspringen wähnt. Im erwähnten Kommentar schimmert zudem eine Art theologischer Rechtfertigung der «gedrückten Lage» durch. Die Predigt widersetzt sich der repressiven Auffassung, daß Druck als solcher die Menschen zu wahrer Identität, zur Anerkennung des Willens Gottes führt.

HANSJÖRG BRAUNSCHWEIG

Ein schweizerischer Weg zum demokratischen Sozialismus?

Die Frage nach einem schweizerischen Weg zum demokratischen Sozialismus wäre leichter zu beantworten, wenn wir Sozialdemokraten eine einheitliche Vorstellung von unseren politischen Zielen hätten. Ich glaube nicht, daß dies der Fall ist. Viele interne Konflikte haben ihre Ursache einerseits in verschiedenartigen und anderseits auch in fehlenden Zielvorstellungen. Meine Ausführungen möchten deshalb dazu beitragen, die grundlegenden Bestandteile einer sozialdemokratischen Gesellschaft in Erinnerung zu rufen, das ihnen zugrundeliegende Menschenbild zu erhellen und unseren Weg zum Sozialismus aufzuzeigen, besser noch: den Sozialismus selbst als Weg mit bestimmten Zielvorstellungen zu verstehen.

Mangels Kompetenz verzichte ich auf eine geschichtliche Einleitung. Ebenso sehe ich davon ab, ausländische Modelle (wie zum Beispiel aus sozialdemokratisch regierten Ländern Westeuropas, aus Israel, aus arabischen Staaten, aus der Sowjetunion, aus der Volksrepublik China, aus Kuba oder aus Jugoslawien) zum Vergleich heranzuziehen, obwohl ich der Auffassung bin, daß wir solche Modelle oder einzelne ihrer Elemente viel wohlwollender prüfen sollten, als wir es in den letzten Jahrzehnten getan haben. Auch in dieser Beziehung sind wir

unserer internationalen Verpflichtung untreu und vielleicht unbewußt Opfer der bürgerlich-nationalistischen Ideologie vom «Sonderfall Schweiz» geworden.

I. Bestandteile einer sozialdemokratischen Gesellschaft

Die sozialdemokratische Gesellschaft ist unabdingbar der Demokratie in allen Bereichen, der Gerechtigkeit, die auch die Freiheit einschließt, und der Mitmenschlichkeit, die international und gewaltlos sein muß, verpflichtet. Der Mitmenschlichkeit würde ich den Vorrang einräumen, denn Mitmenschlichkeit ohne Demokratie und Gerechtigkeit ist zur Not noch denkbar, wenn auch nicht erwünscht. Demokratie und Gerechtigkeit ohne Mitmenschlichkeit sind papieren und haben mit einer sozialdemokratischen Gesellschaft nur noch formale Gemeinsamkeit.

Nehmen wir als Beispiel zur Erhärtung dieser Auffassung die Volksinitiative der «Nationalen Aktion», die am 19./20. Oktober 1974 glücklicherweise von Volk und Ständen abgelehnt wurde. Wäre sie angenommen worden, so wäre die Ausweisung von über 500 000 ausländischen Arbeitnehmern demokratisch zustande gekommen. Für uns aber hätte sich die Frage gestellt (und sie stellt sich durch die Rezession in anderer Form auch heute noch), ob wir verpflichtet gewesen wären, diesen zwar «demokratischen», aber unmenschlichen Entscheid mitzuvollziehen, ob wir seine Verwirklichung nicht mit «widerdemokratischen» Mitteln (Kundgebungen, Demonstrationen, Streiks, Befehlsverweigerungen, Straßen- und Eisenbahnsperren usw.) hätten verhindern müssen.

Es überrascht immer wieder, daß einzelne Genossen der Aktivdienstgeneration für diese Fragestellung sehr wenig Verständnis aufbringen, auch Genossen, die zur Zeit des Zweiten Weltkrieges der offiziellen schweizerischen Flüchtlingspolitik ebenso mutig wie illegal in den Rücken gefallen sind. In einem Punkt müssen wir allerdings auf sie hören: Dieser Vorbehalt gegenüber einem demokratischen Entscheid kann von reaktionären Kräften aus ganz andern Gründen und mit undemokratischer Zielsetzung mißbraucht werden.

Erster Bestandteil: Demokratie...

In unseren jüngsten Diskussionen über das richtige Demokratieverständnis spürt man — oft unausgesprochene — Aengste der verschiedenen Strömungen: Diejenigen, die sich rechts einstufen, befürchten, daß die anderen das demokratische Element — zum Beispiel zugunsten der Gerechtigkeit — vernachlässigen, und diejenigen, die sich als links bezeichnen, werfen den andern Anpassung an den bürgerlichen Demokratiebegriff vor. Die Unterscheidung zwischen sozialdemokrati-

schem und bürgerlichem Demokratieverständnis ist bei uns offenbar in Vergessenheit geraten.

«Bürgerliche Demokratie» bezieht sich vorwiegend auf den staatlichen Bereich. Sozialdemokratisches Demokratieverständnis muß dagegen zwingend alle Bereiche umfassen, weil es gleichzeitig vom Menschen und von der Gemeinschaft ausgeht. Am ausgeprägtesten und sichtbarsten ist die Unterscheidung in der Wirtschaft. Deswegen kam es auch zu keiner Einigung über die Volksinitiative der Gewerkschaften zur Frage der Mitbestimmung.

... in allen Bereichen

Demokratie in allen Bereichen heißt: Demokratie in den Schulen, vor allem in Berufsschulen und Universität, in der Verwaltung, in großen Organisationen, zwischen den Generationen und in kleinen Gemeinschaften. Die Emanzipation der Frau oder eine Erziehung ohne äußere Autorität sind zum Beispiel Versuche einer Demokratisierung der Familie. Wir müssen feststellen, daß die bürgerliche Gesellschaft nicht demokratisch, sondern hierarchisch geprägt ist, ausgerichtet auf Strukturen, die nicht durch den Menschen, sondern durch das Kapital bestimmt werden und deren Ziel nicht das Wohl der Menschen sondern Gewinn und Machtzuwachs einzelner ist. Für uns Sozialdemokraten gibt es als Zielvorstellung nur Demokratie in allen Bereichen oder keine Demokratie. Demokratie im staatlichen Bereich allein ist bürgerliche Scheindemokratie.

Das heißt aber beleibe nicht, daß wir Errungenschaften des liberalen Rechtsstaates wie die Volksrechte, den Minderheitenschutz oder die Menschenrechte in Frage stellen sollten. Mit Vorbehalt gilt dies auch für die Rechtsstaatlichkeit, wenn ihr nicht gerade ein Absolutheitsanspruch zugebilligt wird, oder für die Trennung der drei staatlichen Gewalten, wenn auch heute die Entflechtung des industriell-militärischen Komplexes und die Unterordnung der Wirtschaft und der Armee unter die staatliche (demokratische) Gewalt ungleich dringender sind.

Zweiter Bestandteil: Gerechtigkeit ...

Der Unterschied zwischen sozialdemokratischem und bürgerlichem Demokratieverständis muß abschließend unter dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit beurteilt werden. Das bürgerliche Demokratieverständnis ist auf die bestehende Gesellschaftsordnung und allenfalls auf einige Verbesserungen ausgerichtet. Es ist grundsätzlich formeller, nicht materieller Natur und kann weder durch Reichtum und Armut einzelner noch durch Ueberfluß der Industriestaaten und Hunger der Entwicklungsländer in Frage gestellt werden. Verschleißwirtschaft, Krise,

Arbeitslosigkeit und selbst der Kriegsfall erschüttern es im Prinzip nicht. Ungleiche Löhne, Machtstellungen der einen und Abhängigkeiten der andern berühren es kaum. Der Konflikt zwischen Gerechtigkeit und Demokratieverständnis ist hier mindestens gedanklich nicht vollziehbar. Der bürgerliche Gerechtigkeitsbegriff ist mehr oder weniger eine Rechtfertigung der bestehenden Ordnung, im großen und ganzen eine Funktion der herrschenden Machtstrukturen.

Unser Verständnis von Demokratie und Gerechtigkeit ist auf gleichberechtigte Menschen, mit gleichen Chancen und gleichen Entfaltungsmöglichkeiten und auf Gemeinschaften ausgerichtet, die dafür die besten Voraussetzungen bieten, auf eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung, ohne Aengste, ohne Zwänge und ohne Not. Noch etwas konkreter ausgedrückt: Unser Demokratieverständnis ist der Gerechtigkeit verpflichtet, welche die Mächtigen zugunsten der Schwachen beschränkt. Von daher ist das Postulat der Mitbestimmung auch eine eminente Forderung der Gerechtigkeit, soll doch die Macht der Mächtigen vermindert und die Machtlosigkeit der Schwachen überwunden werden.

Die Bildung der Gewerkschaften war ein erster wichtiger Schritt, die Ausgestaltung des Arbeitsrechts ein zweiter, das System der Sozialversicherungen ein dritter, die öffentlichen Schulen ein vierter, der öffentliche Verkehr ein fünfter, der Kampf gegen die Umweltverschmutzung ein sechster, die bewußte Siedlungs- und Regionalpolitik ein siebenter, die Steuerpolitik zur Entlastung der unteren und zur Belastung der oberen Einkommen und Vermögen ein achter, das Wirtschaftsrecht mit Kartell- und Bankengesetzgebung ein neunter Schritt hin zur Gerechtigkeit.

Bis vor relativ kurzer Zeit war auch bei uns Sozialdemokraten die Meinung weitgehend unbestritten, die Erhöhung des Lebensstandards führe sozusagen automatisch zu mehr Gerechtigkeit. Der Einbezug der Dritten Welt in unser Denken, die ungelösten Probleme der ausländischen Arbeitnehmer, das absehbare Versiegen von Energiequellen, die Umweltverschmutzung und die fragwürdige Nutzung des nicht vermehrbaren Bodens haben uns langsam aufgeweckt.

Lange Zeit unbemerkt gerieten wir in eine Konsumwirtschaft, die nicht mehr die Bedürfnisse der Menschen stillt, sondern durch direkte und unterschwellige Werbung immer neue Bedürfnisse schafft. Immer häufiger wurden Luxusgüter als angemessene Bedürfnisse und angemessene Bedürfnisse als Notbedarf empfunden. Aus diesem Dilemma den Ausweg der Gerechtigkeit zu finden, fällt auch uns Sozialdemokraten eines industrialisierten Staates nicht leicht. Eines wissen wir allerdings: Dem Notbedarf a l l e r Menschen muß Priorität eingeräumt werden.

Wahl- und Abstimmungsergebnisse stehen in unserem Land unter dem Vorbehalt, nicht mit gleichen materiellen Voraussetzungen zustande gekommen zu sein. Der gleiche Vorbehalt muß gegenüber den meisten Freiheitsrechten angebracht werden. Es ist bezeichnend, daß der bürgerlichen Demokratie bis heute weder die Drittwirkung der Freiheitsrechte gegenüber privater Macht noch die Gewährleistung sozialer, die Freiheitsrechte ergänzender Grundrechte abgetrotzt werden konnte. Die Eigentums-, die Handels- und Gewerbefreiheit schaffen Räume und Voraussetzungen, die der Demokratie und der Gerechtigkeit entzogen sind.

... die auch die Freiheit einschließt

Diese Kritik an einzelnen Freiheitsrechten könnte den Anschein erwecken, als ob wir der Freiheit des Menschen in einer sozialdemokratischen Gesellschaft weniger Platz einräumen würden. Dem ist nicht so. Aber es muß zugegeben werden, daß die Freiheit des Einzelnen in einer Gesellschaft der Gerechtigkeit weniger bedeutungsvoll ist. Zu Unrecht könnten bürgerliche Parteien dieses Eingeständnis als Mangel an Freiheitsliebe oder gar als Bestandteil «unfreiheitlicher Ideologie» auswerten. Auch die bürgerliche Freiheit des Individuums erfährt ihre Beschränkung, nicht durch die Gerechtigkeit, sondern durch die Freiheit der Stärkeren. Die Beschränkung der Freiheit macht den Unterschied zwischen Bürgertum und Sozialdemokratie nicht aus. Der Unterschied liegt tiefer. In einer Gemeinschaft, die von Gerechtigkeit getragen ist, in der ich Solidarität empfinde und mich deshalb wohl fühle und gleichzeitig zur Geborgenheit anderer beitrage, bin ich weniger freiheitsbedürftig als in einer Gesellschaft, die vorwiegend durch die Freiheit einzelner geprägt wird.

Die Freiheitsrechte der bürgerlichen Gesellschaft sind auf den Starken, den Tüchtigen, den Privilegierten ausgerichtet. Nur er kann die Freiheitsrechte auch wirklich ausschöpfen, denn nur er verfügt über die dazu erforderlichen Mittel, insbesondere die Vorteile eines ausgeprägten Willens, der Bildung, der Beziehungen zu andern Starken und Privilegierten. Damit wird er zum Träger von Strukturen der Macht und zum Teilhaber an dieser Macht. Der Schwache, Untüchtige, Benachteiligte kommt viel weniger in den Genuß der Freiheitsrechte. Er wird abhängig, später ausgebeutet und unterdrückt. Gesellschaftlich wird er zum Außenseiter. Lakonisch heißt es dann in der bürgerlichen Presse: Unter die Räder der freien Wirtschaft geraten!

Diese Feststellungen finden in gegenwärtigen Entwicklungen ihre Bestätigung: Demokratie und Gerechtigkeit, die vom Menschen und seinen Gemeinschaftsformen ausgehen, führen zu einem Zusammenschluß von persönlich und gemeinsam Betroffenen. Wenn diese Ver-

bindung lebendig ist und spontan spielt, sind auch Demokratie und Gerechtigkeit lebendig und spontan, nicht bürokratisch erstarrt. Die vom kapitalistischen Wirtschaftssystem Ausgebeuteten haben sich in demokratischer Weise zu Gewerkschaften (und Arbeiterparteien), übervorteilte Konsumenten und verdrängte Produzenten zu Genossenschaften zusammengeschlossen. Heute schließen sich Benachteiligte in Mieterverbänden, in Konsumentenvereinigungen, in Jugend- und Altersorganisationen, in Patientenkollektiven, in Vereinen der Strafgefangenen, der psychisch Kranken, Drogenabhängigen, Alkoholiker, der Heimzöglinge, in Gruppierungen der vom Fluglärm, vom Straßenverkehr oder von Kraftwerken Betroffenen zusammen.

Selbsthilfeorganisationen, Basisgruppen oder Bürgerinitiativen sind einerseits ein Protest gegen das bürgerliche Demokrativerständnis und anderseits eine Anklage gegen bürgerliche Ungerechtigkeit und damit Ausdruck des Suchens nach Gerechtigkeit. Zum Zeichen des Protestes, aus Hilflosigkeit oder aus Notwehr halten sie sich nicht in jedem Fall an die Gesetze und an die Spielregeln der Demokratie, die sie als Willkür empfinden. Es entsteht ein Konflikt zwischen Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit. Als Sozialdemokrat müßte man mindestens die Echtheit dieses Konfliktes sehen. Persönlich neige ich fast in jedem Fall zu einer Lösung zugunsten der Gerechtigkeit. Das Recht sollte der Gerechtigkeit untergeordnet werden, nicht umgekehrt.

Dritter Bestandteil: Mitmenschlichkeit ...

Vielleich wäre das Fremdwort «Humanismus» für manchen Genossen etwas überzeugender und angenehmer. Ich habe mich bewußt für das gefühlsträchtigere Wort «Mitmenschlichkeit» entschieden und stehe dazu. Es geht nicht nur um die Gesellschaft, sondern ebensosehr um den Menschen. Es gibt keinen Sozialismus ohne den Mitmenschen, ohne den Nachbarn, ohne das Kind auf der Straße, ohne den «lieben» Verwandten, ohne den Mitarbeiter, ohne den Patienten im Spital oder zuhause. Auch der Vorgesetzte, der Kapitalist, der Offizier und jeder Würdenträger gehören als Menschen dazu. Nur als Träger der Macht sind sie ausgeschlossen.

Mitmenschlichkeit ist auf Ueberwindung der Antipathie, auf Zuneigung und Liebe ausgerichtet. Mitmenschlichkeit, die aber nur dem Mitmenschen und nicht auch der Gesellschaft verpflichtet ist, übersieht die bestehenden Machtverhältnisse. Immerhin ist ihr zugute zu halten, in der Geschichte und in der Gegenwart nützliche und gute Wegbereiter-Dienste geleistet zu haben (etwa in der Sozialarbeit, in der Bildungspolitik oder in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit).

Wer nebenamtlich politisch tätig ist, kennt den Konflikt zwischen Familie, Beruf und Politik und muß vielleicht lebenslang mit diesem

Dilemma ringen. Die Frage der Mitmenschlichkeit stellt sich auch in unsern Partei- und Gewerkschaftssektionen, in Fraktionen und vielen anderen Gremien. Dabei denke ich an die Stellung der Kranken und der Betagten in unseren Reihen, an die häufige Verlegenheit beim Tode eines unbekannten Genossen, ich denke an den Mangel persönlicher Freundschaften zwischen uns und unseren Familien, ich denke ganz besonders an die oft fehlende Fröhlichkeit und an die ungenügende gemeinsame Hoffnung einer Kampfgemeinschaft, schließlich an die fehlende Bereitschaft zur Lösung menschlicher und politischer Konflikte. Viel zu oft machen wir es uns mit einer Abstimmung zu einfach: die Mehrheit bestimmt, und die Minderheit muß sich fügen, aber der Konflikt setzt sich unsichtbar fort und bricht hervor, wann und wo es niemand erwartet — nicht zur Stärkung der ganzen Bewegung. Durch Gespräche, durch etwas mehr Geduld, durch Fragen nach den tatsächlichen Gründen der Meinungsverschiedenheiten könnte man nicht selten eine gemeinsame Lösung finden.

Vor dem Zweiten Weltkrieg, als die Arbeiterkulturorganisationen noch lebendiger, aktiver und mit Sozialdemokratie und Gewerkschaft noch enger verbunden waren, konnten die emotionalen Bedürfnisse in unsern Sektionen besser befriedigt werden. Wir sollten diese Probleme sorgfältig überdenken und neue Gemeinschaftsformen entwickeln. Stattdessen sind wir erstaunt, wenn viele Genossen und Gewerkschafter sich darauf beschränken, im besten Falle an einer Monatsversammlung teilzunehmen, und ihre emotionalen Bedürfnisse anderswo stillen, vor dem Fernsehapparat, beim Lesen des «Blick», am Stammtisch, im Schrebergarten, im angeblich politisch neutralen Berufsverband oder im bürgerlichen Verein.

Wir müssen uns das Ziel setzen, jede Partei- und Gewerkschaftssektion zu einem Ort der neuen, sozialdemokratischen Gesellschaft auszugestalten, soweit dies innerhalb der bestehenden Machtstrukturen möglich ist!

... die international ...

Mitmenschlichkeit kennt weder Ausländerpaß noch Landesgrenzen. Sie regelt auch die Beziehung zum italienischen Arbeitnehmer, zum chilenischen Flüchtling, zum Verfolgten in West und Ost, zum Arbeitslosen in der Ersten und Dritten Welt und zum Benachteiligten in der ganzen Welt. Der internationale Aspekt hatte in der Geschichte der Arbeiterbewegung eine große Bedeutung, die leider in der Folge des Ersten etwas und nach dem Zweiten Weltkrieg wesentlich verloren ging. In drei Bereichen schweizerischer Politik wurde dieser Verlust an internationaler Solidarität besonders gut sichtbar: Die Ausländerpolitik der Sozialdemokraten und Gewerkschafter war in den letzten

Jahrzehnten zu wenig grundsätzlich und zu wenig differenziert. Unsere Militärpolitik seit dem Zweiten Weltkrieg war zu kritiklos, oft sogar nationalistisch. Traumatisch litt sie an der eigenen unbewältigten Vergangenheit. Eine Wandlung erfolgte erst in den letzten Jahren, noch immer zögernd und ängstlich. Der Unterordnung der bürgerlichen Außenpolitik unter die Außenhandelspolitik stellen wir erst heute eine Alternative gegenüber, die von der Völkergemeinschaft und ihren Interessen ausgeht und nicht von einer Igel-Schweiz und ihren einseitigen wirtschaftlichen Vorteilen.

... und gewaltlos sein muß

Mitmenschlichkeit und Gewaltanwendung können nicht in Uebereinstimmung gebracht werden. Dabei denke ich einerseits an die direkte, personale Gewalt, wie sie durch Armee, Polizei und Justiz ausgeübt wird, und anderseits an die indirekte, strukturelle Gewalt der bestehenden Machtstrukturen, die durch Mangel an Demokratie und Gerechtigkeit gekennzeichnet sind. Der Sozialismus, der diese Machtstrukturen bekämpft, ist immer der Gewaltlosigkeit verpflichtet. Seine Kampfmittel sind Demokratie, Gerechtigkeit und Mitmenschlichkeit im Ueberzeugen durch Einsicht, Gespräch und Erziehung. Gegenüber den Organen der personalen Gewaltanwendung — Armee, Polizei, Strafjustiz und Strafvollzug sind Sozialdemokraten ablehnend, in einer Uebergangszeit allenfalls skeptisch bis zurückhaltend.

II. Die Frage nach dem Menschenbild

Spätestens an dieser Stelle muß ich dem Einwand begegnen, der leider nicht nur von bürgerlicher Seite erhoben wird, diese Sicht von Demokratie, Gerechtigkeit, Mitmenschlichkeit entspreche nicht den Menschen, die wir erleben, mit denen wir zusammenwohnen und zusammenarbeiten, die wir selber sind. Ich übersehe keineswegs den Menschen mit seinem Bedürfnis nach Macht, mit seinem Beharren auf Privilegien und in seiner Lieblosigkeit. Diese Lebenserfahrung verallgemeinert jedoch das bürgerliche Denken, um das Bild des unvollkommenen, egoistischen, schlechten Menschen zu prägen.

Zur Abstützung seiner Ideologie mißbrauchte das Bürgertum von jeher aber auch die christliche Botschaft, indem es den Menschen in Schuld und Sünde fesselte und ihm dadurch seine Kraft, seine Freude, seine Phantasie, seine Liebesfähigkeit nahm. Das dem Menschen gebotene Suchen nach dem Reiche Gottes und seiner Gerechtigkeit wurde in ein unbestimmtes Jenseits verbannt. Leider hat die kirchliche (nicht die christliche) Verkündigung diesen Mißbrauch nicht nur zugelassen, sondern sich selbst dem bürgerlichen Denken unterworfen. Damit hat

sie den revolutionären, das heißt umwälzenden Impuls der christlichen Botschaft preisgegeben. (Zu allen Zeiten haben einzelne Christen und kleine kirchliche Gruppen — heute vor allem in der Dritten Welt — dieser einseitigen Verkündigung die Gerechtigkeit und eine gesellschaftsbezogene Mitmenschlichkeit entgegengehalten und sich als Folge sozialistischen und andern Befreiungsbewegungen angeschlossen. Dagegen lief und läuft die traditionelle kirchlich-bürgerliche Verkündigung Sturm. Es wäre gut und nützlich, wenn Sozialdemokraten und Gewerkschafter diese innerkirchliche Auseinandersetzung mit Verständnis und Engagement verfolgen würden.)

Zurück zum «Sündenfall» des Bürgertums. Die Ichbezogenheit des Menschen, seine Herrschsucht lehnt es zwar scheinheilig ab, gleichzeitig erhebt es aber gerade dieses Menschenbild in der Form einer freien Wirtschaft mit gemeinschaftsfeindlichen Privilegien, mit einer Konkurrenz um Gewinn- und Machtzuwachs ohne Demokratie für Arbeitnehmer und Konsumenten und fast ohne Verantwortung für das Gemeinwohl zur herrschenden Ideologie.

Resignation oder Hoffnung?

Ist es da verwunderlich, daß Sozialdemokraten und Gewerkschafter in Gefahr stehen, dieses Menschenbild zu übernehmen? Sie haben es aufgegeben, die Zielvorstellung der neuen sozialdemokratischen Gesellschaft im Auge, im Kopf und im Herzen zu behalten. Sie verzichten auf langfristige Planung und begnügen sich mit kurz- oder mittelfristigen Forderungen, sie passen ihre Forderungen dem unvollkommenen Menschen an, wenn sie auch nicht so zynisch wie die Bürgerlichen diese Anpassung zum System erklären. Sie sind zufrieden, wenn sie an ihrem Ort in guten Treuen und mit großem Einsatz das Beste herausholen. Sie verpflichten sich einer Politik der kleinen Schritte und erheben diese oft berechtigte Taktik zur Strategie. Sie übersehen, daß die kleinen Schritte allzuoft mit einem Treten an Ort enden. Sie beschränken sich auf die Tagespolitik und geben ihr mit dem bürgerlichen Wort «Realpolitik» Gewicht. Sich selbst nennen sie «Realisten» oder «Praktiker». Vereinzelt geben sie zu, daß sie resigniert haben, daß sie der bürgerlichen Resignation erlegen sind; liegend aber kann man nur noch sehr bedingt für eine neue sozialdemokratische Gesellschaft kämpfen! Die Resignation ist ein unausgesprochenes, aber wesentliches Merkmal, vielleicht das Wesensmerkmal des bürgerlichen Menschenbildes.

Wer sich gegen diese Resignation aufbäumt, an sozialdemokratische Zielvorstellungen denkt und sich ihnen verpflichtet weiß, kann es erleben, in abschätziger Weise als Idealist, Theoretiker oder gar Utopist bezeichnet zu werden, ein Vorwurf, der gerade in unserem Lande besonders schwer wiegt.

Ueber die Berechtigung dieses Vorwurfs könnte man diskutieren, wenn ich als Antwort das Menschenbild eines vergangenen Fortschrittsglaubens anpreisen würde. Das kann und will ich nicht. Ich habe die Schwächen der Menschen zu zahlreich und zu eindrücklich erlebt. Das zerstört aber auch heute nicht meine Hoffnung auf den Menschen und seine Möglichkeit, sich zum Glied einer neuen sozialdemokratischen Gesellschaft zu entwickeln. Diese Hoffnung gebe ich so wenig wie meine politischen oder weltanschaulichen Ueberzeugungen preis. Ich glaube nicht, daß der Mensch alle Möglichkeiten ausgeschöpft und alle Chancen vertan hat. Sein Potential an Liebesfähigkeit und Forscherdrang ist schier unermeßlich. Immer wieder erlebe ich unerwartete Entwicklungen von Menschen, überraschende Reaktionen und Gegenkräfte, scheinbar aus dem Nichts auftauchend.

Menschenbild der Hoffnung

Das einseitig negative Menschenbild stimmt nur mit einem Teil meiner persönlichen Erfahrung überein: Es gibt das trotzige Kind und den pubertierenden Jugendlichen, ich erlebe aber auch das vertrauende Kind und den anhänglichen jungen Menschen; es gibt die Not des Menschen, aber auch seine Freude und Zuversicht; es gibt seine Fehler und sein Versagen, aber auch seine Stärken und seine Selbstlosigkeit; es gibt den hinterlistigen, aber auch den guten Kollegen; es gibt den Streit, aber auch die Freundschaft; es gibt Spaltung und Krieg, aber auch Gemeinschaft und die Kraft der Gemeinschaft; es gibt Krise und Zerstörung der Ehe, aber auch Liebe und Lust der Zweisamkeit; es gibt Krankheit, aber auch Heilung; es gibt den Tod, aber auch das Geheimnis des Lebens.

Solche Spannungen empfinde ich als Quellen der Hoffnung. Vielleicht wird diese Hoffnung einmal erschüttert, dann möchte ich nicht mehr politisieren, nicht mehr erziehen, nicht mehr schreiben und reden, nur schweigen, in der Gemeinschaft bleiben und dort neue Hoffnung schöpfen. Vielleicht hat dieses Menschenbild der Hoffnung noch andere Quellen, die in meiner Jugend liegen, mir nicht bewußt sind oder sich nur schwerlich mitteilen lassen. Der alten und jungen Geschichte entnehme ich das Suchen und Streben des Menschen und der Gesellschaft nach Demokratie, Gerechtigkeit und Mitmenschlichkeit, den steten Kampf um Befreiung, um soziale Fortschritte für alle Menschen, um den Frieden zwischen Völkern und Kontinenten, um weltweite Zusammenarbeit und um die Ausgestaltung der Menschenrechte. Und ich verfolge sozialdemokratische und sozialistische Entwicklungen in Europa, die rund um unser Land zu Teilerfolgen geführt haben. Ich gebrauche ausdrücklich das Wort Teilerfolg, um geschichtliche Bedingtheiten und Vorbehalte zum Ausdruck zu bringen.

III. Sozialismus als Weg

Die drei Bestandteile einer neuen sozialdemokratischen Gesellschaft machen den Sozialismus noch nicht aus. Sozialismus ist kein Zustand, auch kein paradiesischer Endzustand, der durch Volksabstimmungen, durch eine Revolution oder durch eine Reihe von Rebellionen herbeigeführt, der ein für alle Mal erreicht werden könnte.

Sozialismus erschöpft sich nicht in einem neuen ökonomischen System oder in neuen zwischenmenschlichen Beziehungen, noch weniger in neuen staatsrechtlichen Einrichtungen, auch nicht im Ausbau der Sozialversicherung oder des Arbeitsrechts. Sozialismus ist kein fernes, für alle Zeiten und Staaten fixfertiges Ziel und keine festumschriebene Gesellschaftsform. Sozialismus ist ein Weg mit ganz bestimmten Zielvorstellungen, ein Prozeß in eine ganz bestimmte Richtung, eine Entwicklung, die auch Rückschläge einschließen kann, aber effektive Fortschritte einschließen muß, eine Stufenfolge, denn alle Erfolge sind nur Teilerfolge, alle Ziele nur Teilziele, gleichzeitig Etappen für neue Teilziele.

Diese Ueberlegungen, die sowohl jene Genossen ansprechen sollten, die sich bestimmten Zielvorstellungen verpflichtet wissen, als auch jene, die der Tagespolitik verhaftet sind, decken sich mit Erkenntnissen der Friedensforschung. So formuliert Georg Picht aus der Bundesrepublik: «Wenn wir Frieden herstellen, definiert er sich selbst, ... und man ist sich bewußt, daß jede solche Definition im Fortschritt der Wissenschaft revidiert werden muß.» Man könnte übertragen: «Wenn wir den Sozialismus aufbauen, definiert er sich selbst, ... und man ist sich bewußt, daß jede solche Definition im Fortschritt der Wissenschaft revidiert werden muß.» Aehnlich formuliert der norwegische Friedensforscher Johan Galtung: «Wir werden wahrscheinlich zu einem Stadium gelangen, in dem sich neue und bessere Dimensionen des Friedens von selbst ergeben, sozusagen sich aus den Forschungsergebnissen von selbst entwickeln werden.» In der Uebertragung würde es heißen: «Wir werden wahrscheinlich zu einem Stadium gelangen, in dem sich neue und bessere Dimensionen des Sozialismus von selbst ergeben, sozusagen sich aus den Forschungsergebnissen von selbst entwickeln werden.»

Auseinandersetzung mit dem revolutionären Weg

Wir müssen davon ausgehen, daß das Bürgertum nicht bereit ist, freiwillig auf seine Machtstellung und seine Privilegien zu verzichten. Selten oder nie in der Geschichte war eine ganze Schicht bereit, Macht und Vorrechte abzugeben. Kommunisten und revolutionäre Sozialisten ziehen aus dieser Erfahrung nur die Konsequenz der Revolution vom Kapitalismus zum Sozialismus. Wir Sozialdemokraten haben uns der

Mitmenschlichkeit verpflichtet und die Gewaltanwendung im Widerspruch dazu befunden. Somit müssen wir den revolutionären Weg ablehnen.

Eine Frage bleibt allerdings offen. Wenn es uns nicht gelingt, den Sozialismus auf demokratischem Weg aufzubauen, verzichten wir dann auf den Sozialismus oder geben wir ihm gegenüber einem demokratischen, gewaltlosen Weg den Vorzug? Diese menschlich sehr schwierige Frage, die der älteren Generation vom Spanischen Bürgerkrieg und uns allen am 11. September 1973 von Chile her mindestens in akademischer Weise konkret gestellt wurde, müssen wir heute für die schweizerische Situation nicht beantworten. Bevor w i r die Gretchenfrage nach der Gewalt uns stellen, ist sie freilich dem Bürgertum gestellt. Und es beantwortet die Frage jeden Tag zugunsten der Gewaltanwendung, indem es für die bestehenden Machtstrukturen kämpft und dabei die eigenen Errungenschaften der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit, der Freiheitsrechte in Frage stellt, verletzt und beseitigt.

Der österreichische Sozialist und radikale Christ, wie er sich nennt, Günther Nenning, formulierte schon 1971: «Konfrontiert mit der Alternative, das heilige Privateigentum durch Sozialismus einzubüßen oder durch Faschismus zu erhalten, wird der Kapitalismus stets das zweite wählen.»

Für uns Sozialdemokraten stellt sich die Frage nach der Gewaltanwendung nicht, solange wir in der Lage sind, die Kampfmittel der Demokratie, der Gerechtigkeit und der Mitmenschlichkeit bis zum letzten auszuschöpfen. Hingegen kann sich dereinst die Frage nach der Anwendung von Gegengewalt stellen. Die Aktualität dieser Fragestellung hängt dann aber ausschließlich davon ab, welche Form der Gewaltanwendung das Bürgertum praktizieren wird.

Vorerst können wir uns darauf beschränken, den Anhängern eines revolutionären Weges einige Fragen zu stellen, die bis heute nicht oder nur verschwommen beantwortet worden sind: Wo bleibt eine revolutionäre Strategie, die nicht nur eine vorläufige Etappe oder nur einzelne Sachgebiete beschlägt und die auch die besonderen Verhältnisse und Entwicklungen des Kleinstaates Schweiz mit einbezieht? Die Geschichte der revolutionären Umwälzungen zeigt, daß die Anwendung von Gegengewalt fast immer zu einer Gesellschaft der Gewalt und nicht zu einer Gesellschaft der Demokratie, Gerechtigkeit und Mitmenschlichkeit führt. Wie kann diese ungewollte Entwicklung verhindert werden?

Auseinandersetzung mit dem herrschenden Bürgertum

Der Unterschied unserer Zielvorstellungen zu denjenigen der bürgerlichen Gesellschaft ist offensichtlich. Als aktuelles Beispiel erwähne ich den weitverbreiteten Ruf nach Sicherheit: Sicherheit des Arbeitsplatzes

durch Ausweisung der Ausländer, Sicherheit des Wohnens durch Einfamilienhaus oder Eigentumswohnung, Sicherheit des Einkommens durch persönliche Karriere, Sicherheit vor Kriminalität und Terror durch strenge Bestrafung der Gesetzesbrecher (Todesstrafe!) und Verstärkung der Polizei oder Sicherheit vor dem äußeren Feind durch eine starke Armee. Sicherheitsbedürfnisse sind im Grundsatz berechtigt; im bürgerlichen Staat aber bleiben sie auf den Einzelnen und auf die bestehenden Machtstrukturen ausgerichtet. Wer nicht zu den Starken und Mächtigen gehört, wird durch die bürgerliche Sicherheit noch abhängiger. Nicht umsonst heißt heute die Militärpolitik des Bundesrates «Sicherheitspolitik».

Sozialdemokratische Sicherheit darf im Gegensatz dazu nie auf Kapital und Eigentum, auf autoritären Führungsstil, auf Polizei und Armee, auf den «starken Mann» oder gar auf einen «Führer» abgestützt sein. Unsere Sicherheit beruht auf der Solidarität der Betroffenen, auf der Solidarität der Betriebs- oder Volksgemeinschaf, auf der internationalen Solidarität. Solche Sicherheit führt nicht zu einer vermehrten Abhängigkeit, sondern zu einer Gemeinschaft mündiger Menschen. Der kleine Angestellte muß kuschen, der Gewerkschafter ist stark, selbst wenn er kurzfristig eine Niederlage einstecken muß. Seine Sicherheit ist auch ein Wagnis, ein Wagnis aber, das zum Leben gehört und es lebenswert macht. Nur wer durch die bürgerliche Gesellschaft deformiert und frustriert ist, verzichtet auf das Wagnis.

Diese Unterscheidung muß in allen politischen Fragen zum Ausdruck gebracht werden. Das gilt sowohl für grundsätzliche als auch für scheinbar unbedeutende Tagesfragen. Deswegen müssen wir uns gegenüber der bestehenden Gesellschaft auf Konfrontation einstellen. Allfällige Anpassung und Zusammenarbeit, der Kompromiß oder gar die Integration sind taktisch bestimmt, haben nur vorübergehenden Charakter, führen im besten Fall zu einem Teilziel, das Etappenort für neue Ufer ist.

Von daher lehne ich die Mitarbeit in einer Exekutive (auch im Bundesrat) nicht grundsätzlich ab. Mit ihr muß aber die Bereitschaft verbunden sein, darauf wieder zu verzichten, wenn es langfristigen Zielen dient. Die parlamentarische Mitarbeit ist im allgemeinen bedeutungsvoller. So oder anders müssen die Auseinandersetzungen grundsätzlicher und konsequenter geführt werden. Sie müssen Ausdruck der Kämpfe des Volkes, der Basis und ganz besonders der direkt Betroffenen sein, sozusagen permanente Wahl- und Abstimmungskämpfe. Diese auf zwei Wochen mit ungleichen materiellen Voraussetzungen zu beschränken, ist bürgerliche Scheindemokratie. In diesem Kampf müssen wir wieder mehr als bisher die Mittel der Kundgebung, der Demonstration, der Bürgerinitiative, der gewaltlosen Aktion und des Streiks in verschiedenen Formen einbeziehen.

Auseinandersetzung mit uns selber

Laufend und nicht nur vor Wahlen und Abstimmungen müssen wir in demokratischer Studienarbeit unsere Zielvorstellungen und Strategien verdeutlichen. Heute erheischen Fragen der Wirtschaft, der Vollbeschäftigung, der Selbstverwaltung, der Energiebeschaffung und der internationalen Wirtschaftsbeziehungen besonders drängend eine Beantwortung.

Unsere besondere Aufmerksamkeit gehört der Mehrheit der Machtlosen, die aus Enttäuschung, Unvermögen und Mangel an politischem Bewußtsein nicht mehr zur Urne gehen. Beurteilen wir die Wahl- und Abstimmungskämpfe der letzten Jahre, so müssen wir feststellen, daß wir offenbar die Gefühle der Menschen nicht erreicht und uns zu oft auf eine verstandesmäßige Beweisführung konzentriert haben. Wir waren zu nüchtern, zu intellektuell, auf die Köpfe und nicht auf die Herzen ausgerichtet. Statt Kundgebungen führten wir kontradiktorische Gespräche durch. Statt Demonstrationen fanden Kommissionsverhandlungen statt. Wir haben zu wenig beachtet, daß die Meinungsbildung mindestens ebenso auf der Gefühls- wie auf der Verstandesebene erfolgt. Unsere bürgerlichen Gegner und ihre Fachleute der Konsumwirtschaft wußten das und bauten den gefühlsbetonten Antikommunismus auf, und heute arbeiten sie nicht weniger emotionell mit der Subversion. Abschätzig sprechen sie von der «Mobilisation der Straße», die sie fürchten. Wir sind ihnen auf den Leim gekrochen, haben uns von ihnen die Ebene des Kampfes aufzwingen lassen, ausgerechnet die Ebene, auf der wir ihnen unterlegen sind. Wir haben allzusehr ihre Begriffe von Anständigkeit übernommen, die uns laufend schwächten. Den direkten Angriff, die Demaskierung des Bürgertums, haben wir weitgehend versäumt. Viele Wähler spürten das Unbehagen, wurden zu Protestwählern und gingen zu den Kommunisten, zum Landesring, zu den Republikanern oder zur Nationalen Aktion. Dort fanden sie kurzfristig Vertrauen, Schutz und Geborgenheit — bis zur Enttäuschung.

Bildungsarbeit und die Schaffung und Pflege menschlicher Beziehungen sind die leider vernachlässigten Voraussetzungen, um die gemeinsame kämpferische und hoffnungsvolle Ueberzeugung zu erringen, daß unser Weg ein gangbarer Weg zum demokratischen Sozialismus, zur neuen Gesellschaft ist.